

also den sogenannten ärmsten Studierenden, der BAföG-Anteil an ihrem Einkommen nur 29 % beträgt. Deshalb müssen über 80 % von ihnen zusätzlich arbeiten gehen, was sich auf die Zeit, die sie real für das Studium zur Verfügung haben, auswirkt und dazu führt, dass sie bezüglich der Regelstudienzeit in Sorge kommen. Bei Überschreiten der Regelstudienzeit verfällt der BAföG-Anspruch.

**(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)**

Mich würde interessieren, wie Sie junge Leute aus der niedrigsten sozialen Herkunftsgruppe zusätzlich zu fördern gedenken, damit bei ihnen der BAföG-Anteil am Gesamteinkommen auf weit über 50 % steigt.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Frau Ministerin!

**Professorin Dr. Johanna Wanka**, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich habe vorgestern hier gesagt, dass in Deutschland der Anteil derjenigen aus bildungsfernen Schichten, die studieren, über ganz viele Jahre konstant geblieben ist. Also gibt es keine einfache Antwort, um das zu ändern. Aber es ist auch ein Stück deutsche Mentalität. Ich denke, hier ist Werbung nötig.

In dieser BAföG-Novelle wurde gerade der Punkt „Zuverdienst von Studenten“ besser geregelt. Zuverdienst ist erleichtert worden. Es kann mehr hinzuverdient werden. Auch das ist also ein Punkt, wo man jetzt beim BAföG reagiert hat.

Danke schön.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin Wanka. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Zur federführenden Beratung soll der Antrag an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur überwiesen werden, zur Mitberatung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Höre ich Widerspruch? - Nein. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Erste Beratung:

**Klimaschutz in Niedersachsen voranbringen durch Einführung eines flächendeckenden, systematischen Stoffstrommanagements** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2402

Zur Einbringung haben für die Fraktion DIE LINKE Sie, Herr Herzog, das Wort. Bitte schön!

**Kurt Herzog** (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In vielen Bereichen sind Projekte für die Energiewende und für mehr Klimaschutz immer noch von Modell- und Leuchtturmprojekten, von idealistischer Eigeninitiative oder vom Unternehmertum Einzelner geprägt. Das ist gut, reicht aber aus meiner Sicht nicht. Sich nach Kopenhagen zurückzulehnen und auf vermeintlich hohe eigene Zielmargen in ferner Zukunft zu verweisen, verkennt den Ernst der Lage und lässt vor allem Chancen ungenutzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb brauchen wir nötigst die Umsetzung systematischer Ansätze im Klimaschutz, flächendeckender Ansätze, die zum Standard werden und trotzdem oder gerade deswegen genügend Flexibilität für Akteure und Praktiker lassen. Dafür müssen wir wie so oft das Rad nicht neu erfinden, sondern können auf vorhandenes Know-how aufbauen und Erfahrungen an niedersächsische Gegebenheiten anpassen. Genau dies bietet das sogenannte Stoffstrommanagement, ein Begriff, der zunächst etwas sperrig klingt, aber das Ziel und den Weg dorthin doch trefflich beschreibt.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz muss immer auch und zunehmend auf vernünftiger Ressourcenwirtschaft fußen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen schlicht eine Revolution im Umgang mit Ressourcen, weg von der Wegwerfgesellschaft, deren Hauptproblem die verniedlichend so bezeichnete Entsorgung wird, und das nicht nur im Atombereich. „Es macht keinen Sinn, Energieträger mit viel Aufwand an Energie zu vernichten“, formuliert einer der Väter des Stoffstrommanagements immer wieder. Gemeint ist, systematisch alle Stoffströme regional zu erfassen. Das können neben Abfällen, Abwässern und Reststoffen auch Biomassen jedweder Art und andere Energieträger

sein. Das Ziel ist, sie möglichst effizient und mit hohen Synergieeffekten zusammenzubringen und zu nutzen und dabei ganz bewusst dezentrale Strukturen und im Idealfall geschlossene Kreisläufe zu entwickeln.

Wir müssen weg von der simplen Extrapolation von Steigerungs- und Wachstumsraten, hin zu verbrauchssenkenden, ortsbezogenen Strategien. Natürlich gibt es einige Ansätze. Es gibt Wettbewerbe, und Modellregionen wie Lüchow-Dannenberg geben sich ambitionierte Ziele vor. Sie wollen sich beispielsweise langfristig zu 100 % mit erneuerbaren Energien versorgen. Solche Ansätze dürfen aber selbstverständlich nicht kleinsteaterisch an Kreisgrenzen enden.

Meine Damen und Herren, es liegt auf der Hand, dass den Kommunen bei der Umsetzung die zentrale Rolle zukommt. Aber - das sage ich als Kommunalpolitiker, der aus einem extrem struktur- und finanzschwachen ländlichen Raum kommt, ganz bewusst - wir brauchen die Landesebene, die einen verlässlichen Rahmen setzt. Eine Möglichkeit ist, den Kommunen das Stoffstrommanagement durch ein gut ausgestattetes Förderprogramm schmackhaft zu machen, begleitet durch eine entsprechende Kampagne, vor allem aber geführt durch ein Kompetenzzentrum, das initiiert, berät, vermittelt etc. Damit können dann die Kreativität und die profunde Ortskenntnis der Kommunen an solides Grundwissen gekoppelt werden.

Jeder von Ihnen kennt in seiner Umgebung suboptimale Projekte. Da konkurrieren Biogasanlagen um Biomasse, teilweise ohne die entstehende Wärme sinnvoll zu nutzen. Da entsorgt ein Großschlachtbetrieb seine wertvollen Abfälle teuer auswärts. Mein Landkreis z. B. verschwendet sein Biomassepotenzial aus der Grüngutsammlung und karrt es zur Kompostierung teilweise nach hinter Magdeburg.

Warum nicht lieber die Nutzung in einem ortsansässigen Betrieb, der Biomasseanlagen an heimischen Schulen beliefert oder sogar betreibt, z. B. in einem Contracting, das dann eben nicht - völlig konventionell und fossil - Vattenfall aus dem fernen Hamburg betreibt? Warum nicht eine Nahwärmeversorgung, die - ideal für die Verbrauchslastlinie - ein Schulzentrum mit der daneben liegenden Siedlung zusammenbringt?

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Forschung und Wissenschaft verstehen wir oft aus einer überwiegend

technologischen Sicht und vergessen dabei nicht selten die soziologische und strukturelle Komponente. Deshalb fordern wir in unserem Antrag auch, in Niedersachsen wissenschaftliche Kapazitäten für die Weiterentwicklung des Stoffstrommanagements einzurichten.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Aspekt bringen: Wer als Politiker an Schulen war, wird festgestellt haben, wie unterbelichtet bei vielen Schülerinnen und Schülern die Kenntnisse des örtlichen Gemeinwesens sind. Was Hänchen nicht lernt! Deshalb glauben wir, dass eine bewusste Prioritätensetzung auf Stoffströme auch in Lehrinhalten für die langfristige Perspektive sehr hilfreich ist. Ganzheitlich und an die konkreten örtlichen Gegebenheiten angepasst, lassen sich dabei Chemie, Physik, Biologie, Mathe und Ökonomie praxisnah vermitteln. Das wäre ein Unterricht, dessen Ausrichtung die Mentalität „Strom kommt aus der Steckdose“ verlässt und zu einem Verständnis elementarer Zusammenhänge kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn nur dann - da sind wir sicher - wird die Bereitschaft der zukünftigen Generationen noch wachsen, das nötige Tempo für die dringende Energie- und Verhaltenswende vorzulegen.

Meine Damen und Herren, solche guten Gesamtkonzepte fallen nicht vom Himmel. Aber es gibt Vorbilder. Dabei verstehen sich Kommunen, Gemeinden als Unternehmen, die Ressourcen aktiv nutzen. Dabei ist Verwaltung nicht nur Genehmigungsbehörde, sondern Initiator, Moderator und nicht zuletzt auch Mediator. Kooperation und Kommunikation treten an die Stelle von Weisungen und Hierarchie. Wichtige Know-how-Träger werden in verlässlichen Strukturen zusammengebracht. Ob die sich dann als Steuerungsgruppe, genossenschaftlich oder in einer GmbH organisieren, das wird flexibel entschieden.

Wertschöpfung vor Ort, Existenzsicherung, Arbeitsplatzsicherung und -zuwachs können damit im ländlichen Raum den verheerenden demografischen Wandel und Infrastrukturkahlschlag stoppen. In solch eine neu ausgerichtete, offene Planung bringen sich dann auch Bürgerinnen und Bürger gerne ein, mit Ideen, Engagement und nicht zuletzt auch finanziell.

All dies vermindert Planungshindernisse und schafft hohe örtliche Identifikation. Dass dabei die örtlichen Sparkassen und Volksbanken bei der Finanzierung helfen und sich auf entsprechende

Projekte spezialisieren - bis hin zu vielleicht sogar regional aufgelegten Energiefonds -, ist fast schon eine Binsenweisheit.

Meine Damen und Herren, wir würden uns freuen, wenn Sie mit uns diese strukturpolitische Chance im Sinne vor allem des ländlichen Raumes und natürlich auch des Klimaschutzes vorantreiben würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Herzog. - Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Hocker. Bitte!

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn sich die Fraktion der Linken neuerdings auf ihre Fahnen schreiben will, sich dem Thema Klimaschutz und Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch eigene Vorschläge zu nähern,

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das steht schon lange auf unseren Fahnen!)

anstatt lediglich gegen die Verlängerung von Restlaufzeiten unserer Kernkraftwerke zu demonstrieren und damit gerade nicht für Klimafreundlichkeit einzustehen, wäre das grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Aber schauen wir uns den Antrag doch einmal etwas genauer an! Die Kommunen sollen also die zentrale Rolle bei dem Management von Stoffströmen einnehmen, ein sogenanntes Stoffstrommanagement planen, einführen und steuern. Anstatt auf Freiwilligkeit zu setzen und Anreize für unsere Kommunen zu mehr Energieeffizienz zu schaffen, wie es die Landesregierung mit ihren Maßnahmen getan hat, über die uns vor einigen Wochen im Umweltausschuss eindrucksvoll berichtet wurde, setzt die Linke mit ihrem Antrag auf Behörden, Verwaltung und auf noch mehr Bürokratie.

(Kurt Herzog [LINKE]: Sie haben wenig verstanden!)

Herr Herzog, denn anders, als es in Rheinland-Pfalz diskutiert und umgesetzt wird - darauf beziehen Sie sich ja auch -, wo Kommunen als Modera-

tor etwa des Effizienznetzwerks Umwelt und Energie oder im Rahmen von PPP-Modellen ein Informationsportal betreiben, wiehert mich aus den Zeilen Ihres Antrags der Amtsschimmel geradezu an, wenn Sie von den Kommunen die flächendeckende Einführung von zielführenden Strukturen und Maßnahmen zur systematischen Erfassung von Stoffströmen verlangen wollen.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Dr. Hocker, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Nein, jetzt nicht. - Das bedeutet wieder einmal Melde-, Erfassungs- und Dokumentationspflichten für unsere mittelständischen Unternehmen und Kommunen im Land. Ich sehe den verpflichtenden Stoffstrommanager in jedem niedersächsischen Unternehmen schon förmlich vor mir, inklusive verpflichtender Stoffstrom- und Energiestromberichtsbögen, die von dem Stoffstrombeauftragten im Unternehmen täglich ausgefüllt und an die Kommune weitergeleitet werden müssen.

(Kurt Herzog [LINKE]: Das ist falsch!)

Selbstverständlich erfolgt bei verspäteter oder unvollständiger Meldung die Verhängung eines Ordnungsgeldes.

Meine Damen und Herren, „von der Wiege bis zur Bahre: Formulare, Formulare“, das hat ein deutscher Liedermacher einmal getextet. Statt darauf zu setzen, privates Engagement zu fördern und Freiwilligkeit zu unterstützen, fordern Sie die flächendeckende Einführung von Maßnahmen auf kommunaler Ebene, die, wie immer, mit einem Rattenschwanz an Bürokratie, Verwaltung und behördlicher Aktivität verbunden ist.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Was für ein Bild haben Sie denn von unseren Kommunen?)

Unsere Umsetzung einer verbesserten Energieeffizienz sieht schlanker und erfolgreicher aus. Angefangen bei der Unterstützung der energetischen Verbesserung des Gebäudebestands in den Kommunen über das Programm zur Förderung einer effizienten kommunalen Straßenbeleuchtung bis zu Anreizen zu Energieeinsparungen vermeiden wir gerade ein bürokratisches Monster, wie Sie es mit Ihrem Antrag unweigerlich hervorrufen würden. Stattdessen entfachen wir auf kommunaler Ebene eine Bewegung der Energieeffizienz, die

auf der Basis von Erkenntnis, Freiwilligkeit und dezentralen Strukturen zustande kommt und keiner dirigistischen Verwaltung bedarf.

Mein Tipp: Weniger Verwaltung und Papierkram, stattdessen Anreize schaffen und stimulieren. - Lieber Herr Herzog, das gilt übrigens nicht nur für das Thema Energieeffizienz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Hocker. - Nun folgt eine Kurzintervention auf Ihren Beitrag durch Herrn Kollegen Herzog von der Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort für anderthalb Minuten.

**Kurt Herzog (LINKE):**

Frau Präsidentin! Herr Dr. Hocker, es ist wirklich schade, dass Sie sich damit so wenig auseinandersetzen. Schauen Sie sich beispielsweise das Institut IfaS genauer an. Ich hatte die Gelegenheit, vor zwei Jahren bei den sogenannten Biogastagen in Lüchow-Dannenberg einen Vortrag von Herrn Professor Dr. Heck zu hören. Dadurch bin ich ja erst darauf gekommen. Der Vortrag war so beeindruckend, weil er genau nicht das macht, was Sie krampfhaft konstruieren wollen. Natürlich muss man der Linken unterstellen, sie wolle immer nur Formalitäten und die Leute in Korsetts zwingen. Das alles ist Unsinn. Das ist ein Angebot, bei dem es, weil es auch auf guter Information basiert, dazu kommt, dass gerade die, die wir beide nach vorn bringen wollen, nämlich mittelständische Unternehmen, davon profitieren, dass sie die Möglichkeit haben, ihre Stoffströme - vielfach Abfälle, die sie teuer entsorgen müssen - in den Prozess einzubringen. Bisher wissen sie nicht genau, wo. Dafür gibt es dann Ansprechpartner. Gerade in Rheinland-Pfalz gibt es viele Landkreise, die das schon praktizieren. Es wird nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Sogar in meiner Region stelle ich fest, dass es vielfach Einzelkämpfer sind.

Aber es geht nicht in das große Bewusstsein ein, sodass die Leute sagen würden: Betrieb A kann Betrieb B beliefern und umgekehrt. Diese Dinge funktionieren im Einzelfall, weil jemand plietsch ist, aber in der Regel funktionieren sie eben nicht. Hier geht es nicht um das Draufsatteln großer formalistischer Monstren, sondern es geht um ein Angebot. Das muss untermauert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Dr. Hocker möchte antworten. Auch Sie haben anderthalb Minuten Zeit. Bitte schön!

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Lieber Herr Herzog, wenn es Reststoffe gibt, dann kann ich Ihnen sagen, dass Unternehmen so - wie Sie sagen - plietsch sind, dass sie aus ihrem ureigenen Interesse heraus nach jemandem suchen, dem sie die veräußern und verkaufen können. Ich bleibe dabei: Ich glaube, dass der Ansatz, den Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, zentralistisch ist und darauf setzt, was die Kommune macht.

Ich sage Ihnen: Wenn es Reststoffe gibt, die man zu Geld machen kann, dann sind die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land schlau genug, einen entsprechenden Abnehmer zu finden.

Danke.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Unterstützen Sie doch die kleinen Unternehmen!)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch. Bitte!

**Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, Ihr Antrag zum Klimaschutz ist sicherlich eine Diskussionsgrundlage für die Arbeit des Unterausschusses. Allerdings hat er aus unserer Sicht erhebliche Mängel, greift in bestimmten Bereichen viel zu kurz und ist aus unserer Sicht zu kleinteilig. Er drückt somit nicht aus, was wir meinen.

Selbstverständlich liegt aber auch meiner Fraktion daran, zeitgemäße Anpassungen bei effizienter Verwendung von Ressourcen und Energieeinsatz zu gewährleisten. Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der FDP, gerade in schwierigen Zeiten braucht der Mittelstand Hilfe und Unterstützung dabei, seine Produkte und Produktionslinien zu optimieren und den Einsatz wertvoller Rohstoffe und die Verwendung von Energie unter maximaler Ausnutzung zu führen. Das ist gut für den Klimaschutz, für den Umweltschutz und für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Produzenten.

Aber es gibt auch noch andere Gründe, die eine Neujustierung der Kreislaufwirtschaft notwendig erscheinen lassen. Kolleginnen und Kollegen, ge-

rade beginnt das verantwortungslose Spiel der Spekulanten wieder, die an den Finanzmärkten die Rohstoff- und Energiepreise nach oben treiben. Unsere Unternehmer und Bürger sind diesem Treiben hilflos ausgeliefert. Schon aus diesen Gründen ist es wichtig, alle Prozesse so zu optimieren, dass man mit möglichst wenig Zukäufen auskommen kann. Die stetige Verbesserung der Effizienz führt häufig auch zu neuen innovativen Produkten und Verfahren, die Deutschland dann weltweit verkaufen könnte.

Während es für die großen Betriebe und für die Industriebetriebe zum Alltag gehört, Prozesse zu optimieren, haben kleine und mittlere Unternehmen diese Möglichkeit oft nicht. Sie brauchen Hilfe und Beratung. Hier wäre es gut, wir hätten noch die Niedersächsische Energieagentur, die Sie natürlich abgeschafft haben.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Leider hat die Landesregierung wenig Sinn für all diese Überlegungen. Es ist schon verwunderlich, dass gerade die beiden FDP-Minister dieser Landesregierung eigentlich rückwärtsgewandt industrie- und wirtschaftsfeindlich sind; denn mit der Abschaffung des Ökofonds und der kürzlich erfolgten Streichung der einzelbetrieblichen Förderung hat sie gerade den Innovationstreibern in unseren Unternehmen einen schweren Schaden zugefügt. Diese Landesregierung merkt gar nicht, wie wichtig es wäre, gerade aus Wettbewerbsgründen den Unternehmen bei der Umstellung auf eine klimafreundliche Produktion zu helfen. Sie verhindert mit ihrer selbst von den Unternehmerverbänden kritisierten Streichung der Förderung, dass hier in Niedersachsen wertvolle neue und hochwertige Arbeitsplätze entstehen.

Auch das von uns seit Langem eingeforderte Klimaschutzprogramm der Landesregierung lässt weiterhin auf sich warten. Hieraus könnten sinnvolle Leitfäden zur Umsetzung moderner Stoffstrommanagementsysteme abgeleitet werden.

Im Übrigen ist das europäische System EMAS für kleine und mittlere Betriebe häufig nicht anwendbar, und wir bräuchten da umsetzbare Konzepte. Aber das ist mit Ihnen als Landesregierung von CDU und FDP ja nicht zu machen. Selbst ein Energiekonzept verweigern Sie. Außer dass Sie für die Verlängerung der Laufzeiten eintreten, gibt es bei Ihnen nicht einmal ein Grobkonzept für all diese Fragen. Die Umweltwirtschaft in Niedersachsen als Innovationstreiber zu begreifen, wäre ebenso

notwendig. Aber selbst da halten sich MU und MW vornehm zurück. Hier sehen wir den eigentlichen Nachholbedarf.

Die Kommunen mit weiteren Aufgaben zu belasten, wie es der Antrag fordert, halten wir nicht für zielführend. Wer etwas für den Klimaschutz und die Arbeitsplätze tun will, der muss sich mit Stoffströmen beschäftigen. Auch beim Recycling könnten wir nachjustieren. Kolleginnen und Kollegen, wertvolle Rohstoffe finden sich z. B. in all unseren elektronischen Geräten und in unseren gebrauchten Handys, in denen seltene und oft sehr teure Rohstoffe verwendet worden sind, die man nicht substituieren und auf örtlicher Ebene einsetzen kann, wie Herr Herzog meinte. Die Herkunft dieser Rohstoffe ist teilweise sehr umstritten. Bei Rohstoffen z. B. aus dem Kongo würde ich persönlich mir sehr wünschen, dass die Landesregierung eine Initiative startet, um zu verhindern, dass Produkte mit Rohstoffen aus Kriegsgebieten in Deutschland verkauft werden. Aber selbst die Thematik Rohstoffsicherung ist kein Thema für diese Landesregierung.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns auch bereits heute mit dem Recycling von Solarzellen beschäftigen; denn ihre Inhaltsstoffe sind nicht unproblematisch. Beispielsweise Cadmiumtellurid stellt sicherlich ein großes Problem dar, wenn man es recyceln muss. Also muss man heute schon Verfahren dafür entwickeln.

Auch bei der Abwasserbehandlung müssen wir umsteuern. Immer mehr Einträge z. B. aus hochpotenten Medikamenten und Desinfektionsmitteln werden auf die Dauer zu einer Gefahr für Menschen und Umwelt.

All diese Fragen haben uns lange nicht beschäftigt. Es wird Zeit, dass wir sie wieder zu einem Schwerpunkt machen. Stoffstrommanagement und Klimaschutz gehören jedenfalls zu komplexen Systemen, die eindeutig mehr Aufmerksamkeit verdienen. Ich freue mich auf unsere Ausschussberatungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Frau Emmerich-Kopatsch. - Nun hat für die CDU-Fraktion Herr Miesner das Wort. Bitte schön!

**Axel Miesner** (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Herzog, wenn man hört, was Sie alles so vorhaben - ich denke, Sie haben mit Ihrer „Gruppe X“ die Mehrheit im Kreistag. Sie können doch Ihren kleinen Landkreis zu einer Modellregion für Niedersachsen weiterentwickeln. Sie haben dort die Mehrheit. Sie können alles entwickeln. Stattdessen hören wir immer nur: Wir wollen nichts. Wir machen nichts. Wir tun nichts.

Wir waren vor ein paar Wochen mit unserem Arbeitskreis mitten im Landkreis. Ich kann nur sagen: Krepeln Sie die Ärmel hoch, und packen Sie erst einmal dort an! Entwickeln Sie Ihren Landkreis weiter, bevor Sie hier etwas einbringen! Machen Sie erst einmal zu Hause weiter! Dann laufen die Leute auch nicht weg und suchen woanders Arbeit.

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Das war ja sehr niveauvoll!)

- Ja, so ist das doch!

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Anspruchsvolle Argumente!)

Kommen wir zum Thema. Ihr Antrag, Herr Herzog, ist wieder einmal ein typischer Oppositionsantrag. Er ist ein echter Pausenfüller. Er ist ein Bürokratiemonster. Er ist ein Abfallmonster. Er ist gar nichts.

(Kurt Herzog [LINKE]: Und das müssen Sie alles ablesen?)

Herr Herzog, Ihr Antrag ist rein gar nichts. Ihr Antrag ist überflüssig wie ein Kropf.

Wenn man die Forderungen in Ihrem Antrag einmal damit vergleicht, wie die Abfallwirtschaft heute schon am Markt aufgestellt ist, dann stellt man fest, dass vieles von dem in der Abfallwirtschaft bereits umgesetzt wird. Da können wir Ihnen viele Beispiele nennen.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Antrag zeigt, dass Sie nur in zentralistischen Politikansätzen denken und handeln und der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt kein Vertrauen schenken. Nebenbei bemerkt: Sie waren in Rheinland-Pfalz unterwegs. Um es genau zu sagen: Sie waren bei der Fachhochschule in Trier. Sie können meinetwegen fahren, wohin Sie wollen - aber Sie sollten sich auch in Niedersachsen aus-

kennen. Das können wir ja wohl von Ihnen verlangen.

Wir haben in Niedersachsen, Herr Herzog - genau: in Suderburg -, ein Institut für Angewandte Abfallwirtschaft und Stoffstrommanagement. Wie Sie sehen, ist dieses Thema schon lange in Niedersachsen zu Hause, und wir sind mit einer entsprechenden Kompetenz auch deutschlandweit vertreten.

Unsere Landesregierung, Herr Herzog, ist auf einem guten Weg, wenn es darum geht, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Ich will konkrete Maßnahmen und Projekte stichwortartig vorstellen: Wir unterstützen die Kommunen bei der energetischen Verbesserung ihrer eigenen Gebäude und unterstützen die Gemeinden, Städte und Landkreise bei der Verbesserung der Energieeffizienzmaßnahmen in den kommunalen Gebäuden. Wir unterstützen die Kommunen mit entsprechenden Förderungen auch bei der Ausstattung und Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit der neuen LED-Technik. Außerdem begleiten wir die Kommunen im Wettbewerb „Klima kommunal 2010“, in dem es auch darum geht, Klimaschutzkonzepte in den Kommunen zu entwickeln und umzusetzen - ich hoffe, Herr Herzog, auch in Lüchow-Dannenberg. Gemeinsam mit den Unternehmerverbänden fördert das Land das sogenannte Transferzentrum Energieeffizienz, bei dem es um praktische Ansätze für die Verbesserung der Energieeffizienz in den Unternehmen geht. Dort tauschen sich die Unternehmer aus nach dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“. Last, but not least, verweise ich auf umfangreiche Förderprogramme, die dazu dienen, Anreize für Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau zu schaffen. Bereits diese Maßnahmen zeigen doch auf, dass wir hier auf einem sehr guten Weg sind.

Zusammengefasst kann man zu dem Antrag der Linkspartei eigentlich nur feststellen: Der Antrag ist fachlich falsch. Er ist sachlich falsch. Er ist ganz einfach überflüssig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Herr Wenzel, wenn ich Sie im Gespräch unterbrechen darf, dann haben Sie jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Stefan Wenzel** (GRÜNE):

Immer gern, Frau Präsidentin. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Linken, der Antrag von Herrn Herzog, kommt vielleicht mit einem etwas spröden Titel daher, Herr Miesner. Es ist nicht so einfach zu transportieren, was mit dem Wort „Stoffstrommanagement“ gemeint ist.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das versteht nicht jeder!)

Deswegen, glaube ich, man muss vielleicht ein wenig übersetzen, was dieser Ansatz bedeutet.

Wir haben in der Tat in Niedersachsen schon Beispiele, wo sich Kommunen auf den Weg gemacht und gesagt haben: Wir wollen einmal ganz praktisch durchdenken, was das heißt. Beispielsweise die Gemeinde Jühnde im Landkreis Göttingen ist solch ein Dorf, in dem 800 Einwohner gesagt haben: Wir machen jetzt ein Stoffstrommanagement, wie man es in 20, 30 oder 40 Jahren sinnvollerweise in der gesamten Bundesrepublik tun würde.

Wir haben auf der anderen Seite die Situation, dass VW z. B. Achsen mit dem Lkw nach Spanien transportiert, um dort bestimmte Arbeiten daran vornehmen zu lassen, und sie dann mit dem Lkw wieder zurücktransportiert und dabei eine Kostenmarge von 20 DM pro Achse generiert.

(Zurufe: Euro oder Mark?)

Das Beispiel ist nicht so ganz aktuell. Es war damals ein DM-Beispiel. Das war aber kurz vor Einführung des Euro, Frau Präsidentin. Eine solche Praxis beobachten wir aber vielfach auch heute noch. Für relativ geringe Summen werden Güter durch ganz Europa gefahren oder sogar aus China und Südamerika eingesammelt und dann hier zusammengebaut, oder sie werden in China zusammengebaut und dann hierher gebracht. Stoffstrommanagement ist von daher ein vernünftiger Ansatz.

Die Frage ist nur: Wie realisiert man das praktisch?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Jühnder haben gesagt: Wir zeigen jetzt einmal, wie das heute schon möglich ist. - Sie haben gezeigt, wie man mit einer Biogasanlage, mit einer Holzhackschnitzelanlage, mit einer Nahwärmeversorgung die Häuser beheizen kann, wie man Strom vor Ort produziert, wie man jetzt auch noch Strom produziert, um das Elektroauto fahrbar zu machen und damit auch die Mobilität mit einzubeziehen. Dieses innovative Beispiel zeigt, wie man

Klimaschutz mit Energiepolitik zusammenbringen kann und damit regionale Kreisläufe schafft, die Land- und Forstwirtschaft in der Region stärkt, Arbeit und Innovation zusammenbringt. Man schafft damit wieder Arbeitsplätze in der Gemeinde, und es gibt wieder eine Infrastruktur, wo es vorher nichts gab. Das ist ein gutes Beispiel. Bis hin zur Gastronomie entstehen plötzlich wieder Dinge, die man vorher in einem solchen Dorf schon fast nicht mehr kannte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Beispiel zeigt, dass es sich lohnt, unter dieser Idee, unter diesem Ansatz genauer darüber nachzudenken, ob nicht vielleicht auch andere Gemeinden so etwas schaffen können.

Darüber, in welcher Form das Land dabei Unterstützung leisten kann, kann man im Ausschuss diskutieren. Ich glaube, Herr Sander, Sie haben einen Finanzierungstopf für innovative Projekte auch im Energiebereich, bei dem Sie in der Vergangenheit manchmal Schwierigkeiten hatten, das Geld unter die Leute zu bringen, weil Sie nicht genug Projekte gefunden haben. Wir können Ihnen da ja helfen. In diesen Fragen sind wir sehr zukommend. Ich glaube, unter dieser Überschrift würde man das eine oder andere Projekt tatsächlich realisieren können, wenn man die Förderrichtlinien entsprechend ausgestaltet. Insofern gibt es von unserer Seite grundsätzlich Unterstützung. Darüber, wie und unter welcher Überschrift man das im Einzelnen realisieren könnte, sollten wir im Ausschuss diskutieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Kollege Wenzel. - Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Sander das Wort. Bitte schön!

**Hans-Heinrich Sander**, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Herzog, Ihr Antrag fußt im Prinzip auf einem Modell der Fachhochschule Trier. Aber schon da beginnt es problematisch zu werden; denn wenn Sie dieses Modell auf unsere Strukturen in Niedersachsen übertragen, werden Sie sehr schnell scheitern. Der entscheidende Unterschied zwischen Ihrem Antrag und unserer Politik besteht darin, dass wir die Kommunen nicht bevormunden

wollen, wie Sie das mit Ihrer Art des Stoffstrommanagements tun müssten, um Erfolg zu haben. Herr Kollege Miesner hat es ja deutlich gesagt: Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, selbst darüber zu entscheiden, was sie vor Ort für richtig halten und tun wollen.

Was ich an Ihrem Antrag am problematischsten finde, ist, dass Sie letztendlich von der dezentralen Energieversorgung auf eine zentrale Energieversorgung wechseln wollen. Das aber ist genau das Gegenteil dessen, was diese Landesregierung anstrebt.

Meine Damen und Herren, jede Kommune kann dies vor Ort sehr aktiv betreiben. Wir alle kennen Beispiele im Lande. Herr Wenzel hat das Beispiel Jühnde angesprochen. Es gibt außerhalb des Energiebereichs aber auch noch andere Bereiche, wie z. B. die Verwertung von Reststoffen. Es ist aber schlimm. Sie haben beispielhaft die Entsorgung der Biotonnen genannt. Sie fahren diese Tonnen bis hinter Magdeburg. Mein Landkreis tut dies ebenfalls. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Kommunen die Abfallversorgung nicht richtig verstehen und auch keine Anreize geben, um Unternehmen vor Ort entsprechend zu unterstützen. Bei uns ist sogar das Gegenteil der Fall. Unternehmen, die im ganzen Landkreis über 41 Jahre lang Papier und andere Stoffe verwertet haben, will man diese Tätigkeit auf einmal mit der Keule untersagen. Daran sehen Sie, dass dies der falsche Weg ist. Wir wollen versuchen, die Dinge gemeinsam mit den Kommunen voranzubringen.

Lassen Sie mich abschließend auch zu Herrn Wenzel sagen: Es wird ja immer wieder gesagt, dass wir im Bereich des Klimaschutzes zu wenig machen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, eben!)

Ja, ist doch klar. Das ist doch Ihre Meinung. Die Kommunen draußen - sprechen Sie mal mit denen - sind ganz anderer Meinung und sagen, dass der Weg, den wir beschreiten wollen, nämlich den Kommunen die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben, der richtige ist. Deshalb ist das ein Renner gewesen.

(Zuruf von Andrea Schröder-Ehlers  
[SPD])

- Frau Schröder-Ehlers, Zwischenrufe allein reichen nicht. Sie müssen schon sinnvolle Beiträge leisten.

Meine Damen und Herren, mit Propaganda allein werden wir nicht vorankommen. Sie werden sich noch wundern. Wir werden beim Klimaschutz an der Spitze stehen. Sie, Herr Wenzel, werden mit Ihrer Politik der vergangenen Jahre, an der Sie immer noch festhalten, keinen Erfolg haben. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Minister Sander. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Mit diesem Antrag sollen sich federführend der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befassen. - Gegenstimmen sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Erste Beratung:

**Naturschutz qualitativ stärken - Ersatzgeldregelung gleichstellen!** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2412

Zur Einbringung erteile ich das Wort Herrn Bäumer von der CDU-Fraktion. Bitte schön!

**Martin Bäumer (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen in Niedersachsen einen qualitativ hochwertigen Naturschutz für die Menschen und vor allem für die Natur. Deshalb begrüßen wir die Absicht der CDU/CSU-FDP-Koalition in Berlin, den Ländern per Gesetz die Kompetenz zu geben, beim Ausgleich von Eingriffen in die Natur das Ersatzgeld mit anderen Kompensationsmaßnahmen gleichzustellen. Diese Formulierung findet sich im aktuellen Koalitionsvertrag. Mit dem Antrag, den wir heute einbringen und zur Diskussion stellen, bitten wir die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für eine zeitnahe Umsetzung dieser Formulierung im Bundesnaturschutzgesetz einzubringen. Wir tun das nicht - das sage ich zu Beginn ganz deutlich -, um die Standards beim Naturschutz hier in Niedersachsen abzusenken.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir tun das nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir Eingriffe in Natur und Landschaft



gut finden. Wir tun das, weil wir glauben, dass es an der Zeit ist, in Zeiten zunehmender Flächenknappheit bei der Kompensation von Eingriffen zu intelligenten Lösungen zu kommen. Immer noch gehen in Deutschland jeden Tag über 100 ha für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Wir haben bis heute bei der Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen mit einigen Problemen zu tun. Ich möchte Ihnen das hier im Einzelnen gern darstellen.

Zunächst zur Verfügbarkeit von Flächen, die gerade bei Großprojekten und in Ballungsgebieten oftmals nicht mehr gegeben ist. Da ist der doppelte Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die Baumaßnahme und zusätzlich durch die Ausgleichsmaßnahme. In Niedersachsen gehen so jeden Tag ca. 11 ha für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Das sind Flächen, die wir für die Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln und auch für die Produktion von erneuerbaren Energien benötigen.

Oftmals, meine sehr geehrten Damen und Herren, fehlt ein Gesamtkonzept, weil Flächen nicht nach ökologischen Gesichtspunkten, sondern nach Flächenverfügbarkeit, Kostenaspekten oder dem Punktgewinn ausgesucht werden. Häufig erfolgt die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen an suboptimalen Orten und verheddert sich in unkoordinierten Einzelaktionen. Die Kosten stehen vielfach in keiner vernünftigen Relation zum Nutzen der Maßnahme, und oftmals ist auch die Dauerhaftigkeit der Maßnahme nicht gewährleistet. Die Idee einer bestimmten Maßnahme mag ja noch gut sein; aber auch die nachhaltige und ordnungsgemäße Erhaltung muss gewährleistet sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle kennen doch diese Beispiele. Da werden einem Landwirt Grund und Boden abgekauft, auf dem Wohnhäuser entstehen sollen. Als Ausgleich wird guter Ackerboden in eine Obstbaumwiese umgewandelt. Diese Wiese wird eingezäunt. Die Bäume bekommen einen stabilen Pfahl, und dann überlässt man diese Fläche ihrem Schicksal. Wenn es gut läuft, kann man dort eines Tages Äpfel und Birnen ernten. Wenn es schlecht läuft, hat man mit Zitronen gehandelt. Dann wächst der Zaun unansehnlich mit Gestrüpp zu. Die an die falsche Stelle gepflanzten Bäume vertrocknen in der nächsten Trockenperiode, weil niemand an das Gießen denkt, und die Pfähle verfaulen und bleiben so lange stehen, bis der nächste Sturm sie umwirft.

(Beifall bei der CDU)

Das gibt es überall in Niedersachsen. Deshalb können Sie keinem Landwirt erklären, warum er für solche Maßnahmen auch noch seinen Grund und Boden verkaufen soll.

Qualitativer Schutz von Natur und Landschaft in Niedersachsen sieht anders aus. Wir brauchen für die Zukunft andere Lösungen als die bisherigen. Viele gut gemeinte Ansätze scheitern aber daran, dass die heute praktizierte Realkompensation zu unflexibel ist, um qualitative Maßnahmen wie die Entsiegelung versiegelter Flächen, die Brachflächenanierung, die Gewässerrenaturierung oder in die Fruchtfolge der landwirtschaftlichen Betriebe integrierte Maßnahmen wie Gewässerrandstreifen umzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müsste uns doch daran gelegen sein, mit dem Ersatzgeld ein Instrument zu schaffen, um die Entsiegelung von Flächen voranzutreiben. Es ist leider nicht so, dass dort Flächenbedarf besteht, wo versiegelte Flächen leer stehen. Ein flexibles Ersatzgeld könnte hier unbürokratisch mithelfen, versiegelte Flächen an die Natur zurückzugeben.

Ein Ersatzgeld, das der Realkompensation gleichgestellt wird, wäre darüber hinaus ein weiterer Beitrag zur Entbürokratisierung und Deregulierung. Die manchmal geäußerte Angst, dass die Mittel aus dem Ersatzgeld zweckentfremdet werden, sehe ich nicht. Das Ersatzgeld wird immer für naturschutzfachliche Zwecke eingesetzt werden müssen. Das sage ich hier ganz deutlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden unseren Antrag im Umweltausschuss gemeinsam mit Ihnen zügig beraten und im Anschluss daran im Landtag beschließen. Wenn Sie den Mut haben, zum Schutz von Natur und Landschaft neue Wege zu gehen und ideologische Scheuklappen an die Seite zu legen, dann können Sie dabei mitgehen. Wenn Sie diesen Mut aber nicht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann bleiben Sie dort, wo Sie sind. Die anstehenden Probleme lösen Sie damit aber nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Bäumer. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Somfleth das Wort. Bitte!

**Brigitte Somfleth (SPD):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Naturschutz qualitativ stärken - das ist ohne Frage ein Anliegen, bei dem Sie, Werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, uns an Ihrer Seite finden würden, wenn Sie es mit diesem Anliegen denn tatsächlich ernst meinten. Eine qualitative Stärkung des Naturschutzes ist - ich kann es mir nicht verkneifen, Ihnen das hier und heute ins Stammbuch zu schreiben - nach sieben Jahren gelb-schwarzer Umweltpolitik in Niedersachsen nämlich auch dringend nötig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie sieht denn die Situation des Natur- und Umweltschutzes heute, im Jahre 2010, dem Internationalen Jahr der Artenvielfalt, in Niedersachsen aus? - Da mir leider nicht genügend Zeit zur Verfügung steht, um die vielen umweltpolitischen „Sünden“ des Ministers Sander beim Thema Naturschutz aus den vergangenen Jahren aufzuzählen,

(Christian Meyer [GRÜNE]: Dazu braucht man Wochen!)

muss ich mich damit begnügen, den vorliegenden Entschließungsantrag zu kommentieren, der eindeutig die Handschrift des Ministers trägt.

Vorab aber möchte ich noch kurz auf einen Artikel eingehen, der kürzlich in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* erschienen ist. In seiner Überschrift wurde die Kritik der Deutschen Umwelthilfe - DUH - thematisiert, Minister Sander komme seinen Aufgaben nicht nach. Die DUH sieht die Artenvielfalt in Niedersachsen in Gefahr.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: So ist es!)

In diesem Artikel wurde meines Erachtens zu Recht kritisiert, dass Niedersachsen zu wenig für den Erhalt der biologischen Vielfalt tut. Das Land verstößt nach Auffassung des DUH-Bundesgeschäftsführers Rainer Baake seit Jahren - genauer gesagt, seit 2001 - gegen die Vorgabe des Bundesnaturschutzgesetzes, Biotope, also Lebensräume für Tieren und Pflanzen, nicht einzeln auszuweisen, sondern diese auch zu vernetzen. Wenn dies nicht geschieht - darüber sind sich die Experten einig -, haben die Schutzflächen lediglich die Funktion kleiner Inseln, was aber Pflanzen und Tieren zum genetischen Austausch nicht genügt.

Deshalb wurde in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt der Bundesregierung auch die

zentrale Bedeutung von zusammenhängenden Biotopverbundsystemen für den Erhalt der biologischen Vielfalt besonders hervorgehoben.

Der Minister hat es bis jetzt - übrigens als einziger Landesminister - aber nicht für nötig gehalten, diese Verpflichtung aus dem Bundesnaturschutzgesetz in Landesrecht zu überführen, auch bei der letzten Novelle des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes nicht. - So weit zur derzeitigen Situation des Naturschutzes in Niedersachsen zu Beginn des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt.

Unerwähnt darf aber auch nicht bleiben, dass die EU-Kommission im Januar dieses Jahres feststellen musste, dass in den Mitgliedstaaten das Artensterben trotz bisheriger Anstrengungen weiter fortgeschritten ist und das Ziel, den Verlust an biologischer Vielfalt in der EU bis 2010 aufzuhalten, verfehlt wurde.

Deshalb müssen nun neue Konzepte gegen das Artensterben erarbeitet und neue Ziele gesteckt werden.

In dieser Situation fordern die Regierungsfraktionen jetzt in ihrem Antrag, eine Änderung im Bundesnaturschutzgesetz vorzunehmen, um den Naturschutz qualitativ zu stärken. Sie wünschen die Gleichstellung von Ersatzgeld mit anderen Kompensationsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur, was einen Ablasshandel zulasten der Natur ermöglicht. Das ist unverantwortlich!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Glauben Sie denn wirklich, dass Sie mit diesem Antrag einen zukunftsweisenden Schritt vollziehen, um die enormen Probleme in Bezug auf das Artensterben zu lösen? Ich glaube eher, dass Sie einem langjährigen Wunsch Ihres Ministers nachkommen wollen oder müssen. Ihnen müsste doch eigentlich auch bekannt sein, dass Sie mit Ihrer Forderung in Deutschland allein auf weiter Flur stehen. Die anderen Bundesländer wollen diese Kompetenz, die Sie vom Bund fordern, gar nicht.

(David McAllister [CDU]: Das brauchen sie doch auch nicht!)

Sie sind dagegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erkundigen Sie sich doch einmal nach dem Fachgespräch, das im März dieses Jahres in Bonn

stattgefunden hat. Dort waren sich alle Experten bis auf die Vertreter aus Niedersachsen einig und haben dafür plädiert, die jetzige Regelung im Bundesnaturschutzgesetz beizubehalten; denn sie sehen in einer Veränderung, wie Sie sie wünschen, gravierende Nachteile.

Im Gegensatz zur Formulierung im dritten Absatz der Begründung Ihres Antrags sind die eben genannten Fachleute der Auffassung, dass das Ersatzgeld nicht zur Entbürokratisierung und Deregulierung beitragen wird, sondern sogar mehr Bürokratie nach sich ziehen wird, da die bisher in Verantwortung des Verursachers liegende Wiederherstellung des naturschutzfachlich gebotenen Zustandes von Natur und Landschaft durch Kompensationsmaßnahmen nun auf die Naturschutzverwaltung übertragen wird.

Außerdem verringert das Ersatzgeld nicht, wie Sie es sich erhoffen, die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen; denn die Umwandlung von Ersatzgeldern in Kompensationsmaßnahmen erfordert ja in der Regel den Ankauf von Flächen.

Weitere Gegenargumente lauten: Das Ersatzgeld minimiert die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Eingriffe in Natur und Landschaft. Ersatzgeld schwächt die Eingriffsregelung, erschwert die Realisierung von Kompensationsmaßnahmen und führt somit zu einer schleichenden Verschlechterung von Natur und Landschaft.

Wenn Sie also etwas für eine qualitative Verbesserung des Naturschutzes in Niedersachsen tun wollen, dann ziehen Sie diesen Antrag zurück!

Von Natur aus bin ich an sich Optimistin. Herr Bäumer, nach Ihrer Rede - was gleich von der FDP kommt, weiß ich auch schon - habe ich aber Zweifel, dass Sie so einsichtig sein werden, auch wenn wir im Fachausschuss noch so lange und intensiv diskutieren.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Mit der Einsicht ist das so eine Sache!)

Wenn Sie dann schon nicht zur Einsicht kommen, dann hoffe ich aber wenigstens, dass man auf Bundesebene zu der Einsicht gelangt, dass dieser Antrag in die Mülltonne gehört.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Frau Kollegin Somfleth. Dann sind Sie jetzt genauso gespannt auf die Äußerungen des FDP-Abgeordneten Dr. Hocker wie wir alle. - Sie haben das Wort, Herr Dr. Hocker.

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Somfleth, das war ja zu erwarten. Nach den unzähligen zähen Sitzungen des Umweltausschusses der letzten Zeit war in der Tat abzusehen, dass die Oppositionsfraktionen heute etwas Ähnliches versuchen wie bei vielen anderen Diskussionen und Beiträgen der vergangenen Wochen. Dass Sie bei unserem Antrag zur Gleichstellung des Ersatzgeldes mit anderen Kompensationsmaßnahmen wieder einmal eine Skandalisierung der niedersächsischen Umweltpolitik herbeizureden versuchen

(Christian Meyer [GRÜNE]: Es ist auch ein Skandal!)

und so tun, als würde die Sonne in Niedersachsen morgen nicht mehr aufgehen, war ja fast vorhersehbar - ganz so, wie es bei den zahlreichen Diskussionen der letzten Monate der Fall gewesen ist.

Dieses permanente Herbeireden von Skandalen, die dann schließlich doch keine sind, nutzt sich mit der Zeit ab

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

und wirkt auf die Menschen eher einschläfernd, als dass sie sich von dieser auf Effekthascherei ausgerichteten Politik wirklich vertreten fühlen würden, Frau Somfleth.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Meyer [GRÜNE]: Einschläfernd ist etwas anderes!)

Ich würde mich gerne endlich davon überzeugen lassen, dass Sie auch die Disziplin Sachpolitik beherrschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dem vorliegenden Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, analog dem Koalitionsvertrag für die Möglichkeit einer Gleichstellung des Ersatzgeldes mit anderen Kompensationsmaßnahmen zu sorgen, haben wir ein Thema aufgegriffen, das vielen Landesregierungen in Deutschland - übrigens egal, von welchen Parteien sie getragen werden - tatsächlich unter den Nägeln brennt.

Qualitativ hochwertiger Umwelt- und Naturschutz kostet Geld, das meistens nicht ausreichend vorhanden ist, während die aktuelle Kompensationsregelung Unternehmen bei ihren Investitionen viel Zeit kostet.

Mit der Gleichstellung von Ersatzgeldzahlungen mit anderen Kompensationsmaßnahmen erleichtern wir es Unternehmen in Niedersachsen, ihre Investitionen schneller zu verwirklichen sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

Außerdem ermöglichen es die zu erwartenden Einnahmen, neben dem quantitativen Umweltschutz in Niedersachsen ganz gezielt auch den qualitativen Umweltschutz zu verbessern und zu flexibilisieren. Diese zusätzliche Flexibilität wird helfen, den Flickenteppich, der sich aus der bisherigen Kompensationsregelung ergeben hat, zu schließen und größere ökologische Refugien von hoher Wertigkeit zu schaffen. Insbesondere die Verbindung etwa durch Linien- und Trittsteinbiotope, also die Schaffung von Biotopverbundsystemen, wird mit dieser größeren Flexibilität endlich möglich.

Meine Damen und Herren, selten kann eine Gesetzesänderung die Interessen von Naturschutz, Unternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben und den Menschen in Niedersachsen so gut vereinbaren, wie es mit dem vorliegenden Antrag gelingt. Mit der Gleichrangigkeit von Ausgleichsflächen und Ersatzgeld realisieren wir noch mehr qualitativ hochwertigen Umweltschutz. Wir vereinfachen Investitionen und erleichtern die Neuschaffung von Arbeitsplätzen in Niedersachsen.

Dass schon verschiedene Naturschutzverbände unseren Antrag hinter vorgehaltener Hand unterstützen, bestätigt unsere Position.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Haben Sie die Pressemitteilung des NABU heute gelesen? Die Umweltverbände lehnen das ab!)

Deshalb bitte ich auch Sie um die Unterstützung dieses Antrags.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Hocker. - Zu dem gleichen Punkt spricht Herr Herzog für die Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort.

**Kurt Herzog (LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute einen Antrag von CDU und FDP, der zum Ziel hat, das Herauskaufen mittels Ersatzzahlung bei der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft noch weiter zu erleichtern. Eigentlich unverständlich - haben Sie doch kürzlich Ihre neuen Naturschutzgesetze mit hängender Zunge durch den Landtag gepeitscht.

Interessant ist dieser Antrag aber auch noch aus einem anderen Grund. CDU und FDP in Niedersachsen misstrauen offenbar der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung so abgrundtief, dass sie glauben, sie an ihr im Koalitionsvertrag vorgesehenes Vorhaben erinnern zu müssen.

(David McAllister [CDU]: Wir ermuntern!)

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, nach allem, was Sie hier im Plenum - Herr McAllister, nach Ihrem Parforceritt durch die Naturschutzgesetzgebung - von sich gegeben haben, ist klar, wen und was Sie vorrangig jedenfalls nicht schützen wollen: die Natur. Schon bei dem Wie der Kompensationen haben Sie die Möglichkeiten genutzt, Verordnungen von Bundesebene zuvorzukommen - selbstverständlich um Standards abzusenken, nicht zum Wohle der Natur.

Auch bei der Höhe von Ersatzzahlungen nutzen Sie alle Möglichkeiten, dies zu tun, und führten einen völlig sachfremden 7-%-Deckel ein - wieder nicht zum Nutzen der Natur.

So ein Vorgehen ist auch keine flexible Lösung ohne Absenkung der Qualität des Naturschutzes, wie Sie in Ihrer Begründung schreiben, also ein Vorgehen, das womöglich das Scheitern des Kopenhagen-Gipfels begriffen hat. Nein, es ist schlicht Aufweichung von naturschutzfachlichen Grundsätzen, um nicht zu sagen: Lobbyarbeit gegen die Natur.

Und wenn Sie die Worte Entbürokratisierung und Deregulierung in den Mund nehmen, meinen Sie Entfesselung wirtschaftlicher Kräfte - nicht mit, sondern zulasten der Natur.

Was Sie weiterhin unter Beschleunigung von Verfahren verstehen, haben Sie zur Genüge bewiesen, als Sie die Gesetze innerhalb von Wochen durch den Landtag peitschten und die Rechte der Verbände in völlig unakzeptabler Weise zeitlich beschneiden wollten. Je größer ein Projekt, desto schwieriger ist der entsprechende Eingriff in Natur-

ressourcen zu kompensieren. Es ist gut, dass es so ein Regulativ im bisherigen Gesetz gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber genau solche Vorhaben, z. B. den Bau von Kohlekraftwerken, wollen Sie massiv erleichtern, sodass sich die Antragsteller nicht einmal mehr um Kompensationsflächen kümmern müssen. Die kaufen sich raus und legen die Kosten auf den Strompreis um. Das ist moderner Ablasshandel, sonst nichts.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Christian Meyer [GRÜNE])

Sie nutzen gleich noch die sich bietende haushaltsentlastende Chance, indem Sie solche Ablassmittel irgendwo in einer Grauzone zwischen staatlicher Pflichtaufgabe und vermeintlichem Naturschutzneuland einsetzen - schlau im Sinne der Sanierung Ihres maroden Haushalts, verheerend für die Natur.

Dass Grund und Boden endlich sind, ist nur zu wahr und dabei Ihr eigenes Armutszeugnis, weil Sie nichts, aber auch gar nichts gegen Versiegelung oder den ungebremsten Hunger beim Rohstoffabbau tun. Auch die von Ihnen beklagte Flächenknappheit für neue, zusätzliche Maßnahmen ist ein Scheinheiligenargument. Verknappung könnte nämlich sehr wohl Anlass sein, verkrustete Denkmuster aufzubrechen, und zwar zugunsten der Natur. Aber auf dem Konto Ihrer Ökobilanz sind Sie immer auf der Sollseite zu Hause.

Meine Damen und Herren von den schlecht regierenden Fraktionen,

(Zurufe von der CDU - Christian Meyer [GRÜNE]: Eine zutreffende Äußerung!)

mit diesem Antrag zeigen Sie einmal mehr, dass Ökologie für Sie ein Fremdwort bleibt, zugunsten einer möglichst unbeeinträchtigten Großindustrie, deren heilige Wunschzettel Sie sich abends unters Kopfkissen legen.

(Beifall bei der LINKEN - David McAllister [CDU]: Meine Mutter hätte früher gesagt: Geh doch nach drüben!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Herzog. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Herr Meyer zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

#### **Christian Meyer (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stimme den Kollegen Frau Somfleth und Herrn Herzog ausdrücklich zu: Der Antrag, den CDU und FDP vorgelegt haben, ist schon etwas erstaunlich. Da soll der Niedersächsische Landtag eine Passage im Koalitionsvertrag derselben Parteien auf Bundesebene begrüßen. Mal ehrlich, liebe Kollegen von der FDP: So ganz scheinen Sie der CDU nicht zu trauen, oder sollen wir in Zukunft jeden einzelnen Absatz des Bundeskoalitionsvertrages im Niedersächsischen Landtag im Rahmen von Entschließungsanträgen debattieren und dann beschließen? Warum fordern Sie nicht auch Ihre radikalen Formulierungen zur Steuerreform hier im Landtag ein, konnte die FDP das hier nicht durchsetzen?

(Christian Dürr [FDP]: Wenn einer keine Ahnung von Steuerpolitik hat, sind Sie das!)

Diese Passage können wir hier auch einmal gerne diskutieren.

Die Forderung nach einem Ablasshandel mit der Natur ist nicht neu. Sie war schon im niedersächsischen Koalitionsvertrag enthalten, aber es ist rechtswidrig, das hier im Land umzusetzen.

(Zustimmung von Andrea Schröder-Ehlers [SPD])

Wir haben das schon mehrfach durchgekaut. Es ist daran erinnert worden: Schon einmal hat Umweltminister Sander bei der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes entsprechende Anträge eingebracht, aber im Bundesrat haben noch nicht einmal die anderen CDU-geführten Bundesländer zugestimmt. Sie sind gescheitert, und Sie werden wieder scheitern.

(Zustimmung von Andrea Schröder-Ehlers [SPD] - Unruhe)

Herr Sander, Sie sind ja Mitglied im NABU. Eben wurde gesagt, die Umweltverbände wären dafür. Ich möchte Ihnen gerne vorlesen, was Ihr Verband dazu gesagt hat.

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Entschuldigung, bevor Sie anfangen, zu zitieren, möchte ich sicherstellen, dass Sie auch Herr Kollege Klein von Ihrer Fraktion verstehen kann. - Es ist wieder ruhiger geworden, herzlichen Dank.

Jetzt können Sie zitieren, Herr Meyer.

**Christian Meyer (GRÜNE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich zitiere den NABU:

„Niedersachsens Umweltminister Sander will einen Ablasshandel auf Kosten der Umwelt und erweist sich wieder einmal als Steigbügelhalter von Interessen gegen den Naturschutz. Die von ihm verfolgte Aufweichung der Eingriffsregelung soll nur dazu dienen, den Naturschutz in Deutschland weiterhin zu schwächen.“

Eine Lockerung der Eingriffsregelung macht die Neuausweisung von Baugebieten und die Versiegelung weiterer Flächen einfacher - und das bei insgesamt rückläufigen Bevölkerungszahlen.

„Statt die bestehende Regelung aufzuweichen, sollte die Landesregierung lieber ein Anreizprogramm für Unternehmen schaffen, bereits genutzte Flächen wiederzuverwenden.“

So weit der NABU, dem Sie ja angehören.

Ich muss sagen: Da hat der NABU vollkommen recht. Ein ökologischer Flächenpool, wie wir Grüne ihn bei der Naturschutzgesetznovelle vorgeschlagen haben, wäre eine weit sinnvollere Antwort als dieser Ablasshandel.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei Andrea Schröder-Ehlers [SPD])

Meine Damen und Herren, der massive Flächenverbrauch ist das eigentliche Problem, also der Bau von Straßen, von Gewerbegebieten, von Baugebieten, dort, wo die Bevölkerungszahlen zurückgehen. Dem kommt man nicht mit Geld bei, sondern mit echten Anreizen zum Flächensparen wie einer Versiegelungsabgabe, einer Rohstoffabgabe, die wir in dieses Plenum eingebracht haben,

(David McAllister [CDU]: Das ist auf besondere Resonanz gestoßen!)

oder dem Verzicht auf überdimensionierte Autobahnausbauten. Denn was man nicht zerstört hat, muss man auch nicht ausgleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo wir schon bei Koalitionsverträgen sind: Im niedersächsischen Koalitionsvertrag steht die folgende Passage: „Ein wichtiges Ziel für CDU und FDP ist eine Reduzierung des Nutzflächenverbrauches.“ Dazu fehlen aber die Initiativen. Ich würde mir

wünschen, dass Sie Initiativen ergreifen, um den Flächenverbrauch insgesamt zu reduzieren.

Zum Schluss noch eine kleine Prophezeiung: Irgendwann wird selbst die FDP feststellen, dass man sich mit Geld keine zweite Natur kaufen kann.

Wir lehnen die Aufweichung des Naturschutzgesetzes ab und freuen uns auf die Ausschussberatungen, um endlich über echte Vorschläge zur Reduzierung des Naturverbrauches und der Umwelterstörung zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Andrea Schröder-Ehlers [SPD] - Christian Dürr [FDP]: Sie sorgen dafür, dass die Wälder abgeholzt werden! Das ist Ihre Politik!)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Sander zu Wort gemeldet. Bitte schön!

**Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Änderung der Eingriffsregelung ist ein Schwerpunkt unserer Naturschutzpolitik. Frau Somfleth, seit 2003 ist Ihnen einiges entgangen. Ihre ideologische Naturschutzpolitik hat dazu geführt, dass in den 90er-Jahren nur eine Realkompensation möglich war. Nicht einmal in Ausnahmefällen war eine finanzielle Kompensation möglich. Das haben wir 2003 erreicht. Das ist ein Erfolgsmodell. Wenn Sie bei den Kommunen nachfragen würden - Sie tun doch immer so, als ob Sie so kommunalfreundlich wären -, dann würden Sie von den Kreisnaturschutzbeauftragten die Frage hören: Wann ist es endlich so weit? - Dieses Modell ist sehr erfolgreich - die genauen Zahlen werden Ihnen meine Mitarbeiter in den Ausschussberatungen nennen. Aber das sind Beträge in zweistelliger Millionenhöhe, die von den Kreisen für Naturschutzmaßnahmen verwendet werden. Und im Naturschutzgesetz steht, dass sie nur dafür verwendet werden dürfen. Deshalb sollten Sie hier keine Märchen und Halbwahrheiten erzählen. Der Abgeordnete, der sich mit den Ziegen beschäftigt, ist darin ja Experte; deswegen werde ich auf seine Äußerungen auch gar nicht eingehen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Chance für den Naturschutz. Auch das haben Sie, Frau Kollegin, wirklich nicht verstanden. Sie sollten wissen - deswegen erkläre ich es Ihnen -, dass jeder Ein-

griff in die Natur ausgeglichen werden muss. Wenn es sich um Natura-2000-Gebiete handelt, dann sind es Kohärenzmaßnahmen. Das muss ganz ohne Frage sein. Aber bei anderen Gebieten wollen wir flexible Lösungen haben. Fahren Sie einmal nach Stade! Das ist ja nicht weit von Ihrem Listenwahlkreis entfernt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dort können Sie erfahren, was es bedeutet, wenn Flächen knapp werden. Sie als SPD habe ich immer als wirtschaftsfreundliche, als arbeitnehmerfreundliche Partei angesehen. Nein, Sie wollen die industrielle Entwicklung in diesem Raum verhindern. Das ist das Schlimme dabei. Wir sorgen dafür, dass wir - - -

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, nein, Frau Emmerich-Kopatsch, auch Ihre Beiträge strotzen nicht von Überzeugung. Ich lasse mich auch nicht bei jeder Rede von jedem Ihrer Kumpane in irgendeiner Weise dementsprechend berühren.

(Hey! bei der FDP und bei der CDU)

Ich freue mich deshalb, dass uns dies gelungen ist. Das haben wir gemeinsam gemacht. Es ist richtig, die FDP hat es in den Koalitionsverhandlungen sehr stark unterstützt. Aber auch unsere Bundeskanzlerin sieht, dass dies notwendig ist. Als niedersächsische Regierungsfractionen werden wir darauf drängen, dass das im Sinne unserer Natur so schnell wie möglich umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - David McAllister [CDU]: Sehr gut!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank. - Ja, Herr Kollege McAllister, aber ich hätte Sie bei derartigen Äußerungen zumindest ermahnt. Einen Minister habe ich nicht zu ermahnen. Aber ich weise zumindest darauf hin, dass wir uns hier im Hohen Haus darum bemühen, uns entsprechender Ausdrücke zu bedienen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Emmerich-Kopatsch hatte sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Das ist leider nicht möglich.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Zusätzliche Redezeit!)

Aber nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung, zusätzliche Redezeit - Herr Jüttner spricht es schon an -, haben Sie, Frau Emmerich-Kopatsch, anderthalb Minuten. Bitte schön!

#### **Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich brauche auch gar keine anderthalb Minuten.

Es geht mir nur um eine Fragestellung, die der Minister eben nicht zugelassen hat. Zu seinen naturschutzfachlichen Äußerungen wollte ich mich sowieso nicht äußern, weil es dann wieder passieren könnte, dass man eine Beleidigungsklage bekäme. Also lasse ich das einmal weg.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Fällt unter Indemnität! Kannst du ruhig machen!)

Ich hätte doch eine ganz wichtige Frage unter Ausnutzung der Indemnität: Herr Minister, können Sie mir sagen, wie viele direkt gewählte Abgeordnete aus der FDP hier in diesem Landtag befindlich sind?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Emmerich-Kopatsch, wir haben hier keine Fragestunde. Insofern müssen wir das vielleicht auf morgen verschieben. Ich weiß nicht, ob sich das im Rahmen der Fragestunde ergeben wird.

Es hat sich nun Herr Minister Sander zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort ja jederzeit.

#### **Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sollte ich in irgendeiner Form bei dem Begriff „Kumpane“ irgendjemanden beleidigt haben, dann ziehe ich das mit großem Bedauern zurück.

(Beifall bei der FDP - David McAllister [CDU]: Sag lieber „Genossen“!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Minister Sander. Einen fairen Umgang untereinander hier im Hause halte ich für exzellent.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Mit diesem Antrag soll sich der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz auseinandersetzen. - Ich sehe keine Gegenstimmen und keine Stimmenthaltungen. Dann haben Sie so beschlossen. Herzlichen Dank.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Erste Beratung:

**Kommunalwahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner!** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2403

Sobald es etwas ruhiger geworden sein wird, werden wir mit der ersten Beratung beginnen können. So lange warten wir erst einmal. - Zu Tagesordnungspunkt 27 hat von der SPD-Fraktion Herr Bachmann das Wort.

**Klaus-Peter Bachmann (SPD):**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum wiederholten Mal befasst sich der Niedersächsische Landtag mit der eigentlich selbstverständlichen Frage, seit vielen Jahren hier lebenden Menschen, die zu allen Lasten beitragen, die hier Steuern und Sozialversicherung zahlen, die als Hauseigentümer und Mieter die kommunalen Abgaben entrichten und Grundsteuern bezahlen, die ihre Pflichten im Rahmen des Anschluss- und Benutzungszwangs erfüllen, die dieselben Entgelte wie die Mehrheitsgesellschaft für die Nutzung kommunaler Einrichtungen zahlen, die kurzum alle Pflichten wahrnehmen, auch mit denselben Rechten bei Kommunalwahlen auszustatten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da wir im nächsten Jahr eine Kommunalwahl haben werden, ist es aktueller denn je, diese Frage jetzt im Niedersächsischen Landtag zu debattieren und entsprechende Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundestag nachhaltig durch ein Parlamentsvotum zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche bessere Möglichkeit gibt es, integrativ zu arbeiten, als bei der Wahl einer kommunalen Vertretung - es geht hier nicht um gesetzgebende Parlamente; da sind auch wir der Auffassung, dass dies an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden ist -, eines Selbstverwaltungsgremiums also, den Ein-

wohnerinnen und Einwohnern, die ihre Pflichten erfüllen, die in den Gemeinden tragende Säulen unserer Gesellschaft sind und die wir zu ehrenamtlicher Tätigkeit auffordern, auch das Recht zu geben, die Vertretung mit zu wählen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben sie selbstverständlich an den Selbstverwaltungswahlen in der Sozialversicherung beteiligt. Niemand schließt sie dort aus. Wenn sie selbstständig sind oder als Arbeitnehmer wahlberechtigt sind, können sie an den Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Kammern teilnehmen. Sie wählen in den Schulen Elternräte mit. Dies müssen sie noch stärker tun; wir werden gemeinsam weiter dafür werben. Sie wählen Mitglieder der Gesamtkonferenzen und Mitglieder der Schulvorstände. Als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählen sie in den Betrieben und Verwaltungen wie selbstverständlich Betriebsräte mit. Die NGO billigt ihnen auch schon die Teilnahme an Einwohneranträgen und Einwohnerentscheiden zu. Da ist doch der erste Schritt getan. Also muss es auch darum gehen, sie aktiv und passiv mit dem Kommunalwahlrecht auszustatten.

Meine Damen und Herren, es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir eine entsprechende Initiative der Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag, zuletzt durch die SPD-Bundestagsfraktion am 15. März 2010 eingebracht, hier vom Land aus unterstützen und gemeinsam dazu beitragen, dass in Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes die Voraussetzung dafür geschaffen wird, dass die Länder in den Landeswahlgesetzen und Gemeindeverfassungen - Letztere werden wir demnächst ja diskutieren, Herr Innenminister - das kommunale Wahlrecht einführen können. Deswegen ist es richtig, diese Debatte, die nach unserer Auffassung geführt werden muss, zum jetzigen Zeitpunkt zu führen. Es gibt keine bessere Möglichkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun werden Sie sagen, wer sich einbürgern lässt, erreicht dieses Wahlrecht. Das ist selbstverständlich richtig, und es ist auch weiterhin das Ziel, für mehr und leichtere Einbürgerungen zu werben. Hätten Sie in den letzten Jahren unseren Initiativen zugestimmt, erleichterte Einbürgerung auch unter Hinnahme von Mehrstaatlichkeit vornehmen zu können, hätten wir schon deutlich mehr Wahlberechtigte, als wir sie im Augenblick haben. Deshalb